

Religionspolitischer Alltag in Südosteuropa

Albert Doja

► **To cite this version:**

Albert Doja. Religionspolitischer Alltag in Südosteuropa. RGOW: Religion & Gesellschaft in Ost und West, G2W, Zürich, 2017, 45 (2), pp.24-27. halshs-01491434

HAL Id: halshs-01491434

<https://halshs.archives-ouvertes.fr/halshs-01491434>

Submitted on 16 Mar 2017

HAL is a multi-disciplinary open access archive for the deposit and dissemination of scientific research documents, whether they are published or not. The documents may come from teaching and research institutions in France or abroad, or from public or private research centers.

L'archive ouverte pluridisciplinaire **HAL**, est destinée au dépôt et à la diffusion de documents scientifiques de niveau recherche, publiés ou non, émanant des établissements d'enseignement et de recherche français ou étrangers, des laboratoires publics ou privés.

INHALT

3 IM FOKUS

Jahresendbericht von Patriarch Kirill

4 RUNDSCHAU

ISLAM

- 6 Mariya Y. Omelicheva
Die Instrumentalisierung des Islam in Zentralasien
- 9 Alisher Khamidov
Islam in Kirgistan seit 1991
- 11 Ahmet Erdi Öztürk
Türkische religiöse Akteure in Südosteuropa und Zentralasien
- 15 Dino Mujadžević
Die Rolle der Türkei in Bosnien-Herzegowina
- 19 Sandra King-Savić
Gespaltene islamische Gemeinschaft im Sandžak
- 22 Xhabir Hamiti
Islam im Kosovo: Aktuelle Lage und Zukunft

SÜDOSTEUROPA

- 24 Albert Doja
Religionspolitischer Alltag in Südosteuropa

PROJEKTBERICHT

- 28 Regula Spalinger, Elena Rydalevskaja
Vorbild für ganz Russland: Suchthilfe des Fonds „Diakonia“

BUCHBESPRECHUNGEN

- 30 Magdalena Lubanska
Muslims and Christians in the Bulgarian Rhodopes
- Eva Anne Frantz
Gewalt und Koexistenz
- 31 Armina Omerika
Islam in Bosnien-Herzegowina und die Netzwerke der Jungmuslime (1918–1983)
- Kerim Kudo
Europäisierung und Islam in Bosnien-Herzegowina

Liebe Leserin Lieber Leser

In Deutschland hat am 15. Februar das Bundeskriminalamt die Wohnungen von vier Geistlichen der Ditib, der Türkisch Islamischen Union der Anstalt für Religion, durchsucht, zu der in Deutschland rund 900 Moscheen gehören. Die Imame werden verdächtigt, im Auftrag des türkischen Präsidiums für religiöse Angelegenheiten (Diyanet) Gemeindemitglieder und deutsche Lehrer ausspioniert sowie angebliche Anhänger des islamischen Predigers Fetullah Gülen in Ankara gemeldet zu haben. Auch in anderen europäischen Staaten wird dem Diyanet vorgeworfen, als Nachrichtendienst zu fungieren, was die Frage nach der Beeinflussung muslimischer Gemeinschaften durch die Türkei nach sich zieht.

Im vorliegenden Heft geht es daher vor allem um transnationale islamische Netzwerke. Die Förderung des Islam im Ausland gehört so zwar schon länger zu den Aufgaben des Diyanet, aber seit der Machtübernahme der AKP wird die Behörde verstärkt als Instrument der türkischen Außenpolitik, besonders in Südosteuropa und Zentralasien, eingesetzt. Zudem ist ihre Politik seither mit den Strategien der Regierungspartei abgestimmt. In den außenpolitischen Aktivitäten der Türkei spielt jedoch nicht nur die Religionszugehörigkeit eine Rolle, sondern im Fall Südosteuropas auch die gemeinsame osmanische Vergangenheit, wie Dino Mujadžević in seinem Beitrag erläutert. In Bosnien-Herzegowina habe die Türkei nach dem Bosnienkrieg in erster Linie in den Wiederaufbau osmanischer, mehrheitlich religiöser Bauten investiert. Dagegen seien die Investitionen im wirtschaftlichen Bereich eher bescheiden, der türkische Einfluss zeige sich vielmehr im Kultur- und Bildungsbereich. Bei seinen Aktivitäten in Zentralasien streicht das Diyanet laut Ahmet Erdi Öztürk zudem die Verwandtschaft zu den turksprachigen Völkern heraus und ist auch vorwiegend in diesen Staaten aktiv. Aber sowohl in Zentralasien wie in Südosteuropa sind die Aktivitäten der Türkei umstritten und stoßen bei den lokalen muslimischen Gemeinschaften nicht immer auf Gegenliebe.

Aber nicht nur die Türkei instrumentalisiert den Islam, sondern auch viele zentralasiatische Regierungen, worauf Mariya Omelicheva hinweist. Die immer wieder beschworene islamistische Gefahr dient den zentralasiatischen Regimen vor allem zur Selbstlegitimation und als Ablenkung von eigenen Schwächen. Die Politisierung und Instrumentalisierung von Religion finden aber nicht nur auf Regierungsebene statt, sondern spielen auch im Alltag und bei der Selbstidentifikation gewöhnlicher Menschen eine Rolle, wie Albert Doja am Beispiel Kosovo und Albanien darlegt. Für die großzügige finanzielle Unterstützung dieses Heftes möchten wir dem „Centre for Governance and Culture“ der Universität St. Gallen herzlich danken.

Die Zeitschrift RGOW wird vom Institut G2W, Ökumenisches Forum für Glauben, Religion und Gesellschaft herausgegeben, das vom gleichnamigen Verein getragen wird.

© Nachdruck von Texten und Übernahme von Bildern nur mit Genehmigung der Redaktion.

Natalija Zenger

Natalija Zenger

Albert Doja

Religionspolitischer Alltag in Südosteuropa

Identitäts- und Religionspolitik sind in Südosteuropa eng miteinander verflochten. Historische Themen wie das Vermächtnis Konstantins des Großen, sein „Mailänder Edikt“, das Verhalten der katholischen Kirche während des Kommunismus und das Verhältnis der Orthodoxen Kirche von Albanien zu Griechenland prägen stark die öffentlichen Diskussionen. Diese Verflechtung von Identitäts- und Religionspolitik ist aber kein albanisches Spezifikum, sondern typisch für die ganze Region. – R. Z.

Die tiefgreifende soziale und politische Bedeutung von Religion wird offensichtlich, wenn wir verschiedene religiöse Traditionen und die damit verbundenen Herausforderungen an die Toleranz im alltäglichen Leben betrachten. Südosteuropa bietet ein buntes Bild, was das Verhältnis zwischen Religion und Politik auf der Ebene von Religionsvertretern, staatlichen Akteuren, intellektuellen Eliten und gewöhnlichen Menschen in ihrem Alltag angeht. Die Bedeutung der verwendeten Sprache in religiösen Diensten und die Leidenschaft für Rückgriffe auf die Geschichte in der alltäglichen öffentlichen Diskussion verweisen auf eine komplexe Vernetzung von Religion und Politik. Vor allem in Bezug auf Identitätspolitik ist es wichtig, die zunehmende Bedeutung von Religion für die Organisation und Transformation einer Gesellschaft zu verstehen.¹

Historische Rückgriffe im Alltag

Menschen deuten die Geschichte oft so, dass sie ihre Sicht der Welt – wie sie war, ist und sein soll – legitimiert. Das mag unschuldig scheinen, doch deren Auswirkungen in Politik und Alltag sind es oft nicht. Im Februar 2012 veranstaltete der Vatikan eine internationale Konferenz zum Gedenken des 1700. Jahrestags der Schlacht an der Milvischen Brücke (am 28. Oktober 312), durch die Kaiser Konstantin zum alleinigen Herrscher im römischen Westreich wurde, sowie an das Vermächtnis von Konstantins Konversion zum Christentum. Im Oktober 2013 organisierte die Serbische Orthodoxe Kirche in Niš, dem antiken Naissus und Geburtsort Konstantins, eine noch größere internationale Konferenz über die Bedeutung des Mailänder Edikts (313), mit dem Konstantin die christliche Bewegung zu den offiziellen Religionen des Römischen Reichs hinzufügte. Die Geschichte von Konstantins Bekehrung zum Christentum trug sowohl zur Verbreitung des Christentums als auch zum Wachstum von Konstantins Macht bei, doch dient das Edikt den heutigen südosteuropäischen Völkern auch als Narrativ der Vorsehung, wonach sie für das Christentum von grundlegender Bedeutung gewesen seien.

Solche Schritte sind weder neutral noch einseitig. Gewöhnlichen Albanern fällt schnell der 28. Juni 1989 ein, als der serbische Präsident Slobodan Milošević die 600-Jahrfeier der Schlacht auf dem Amsfeld (1389) instrumentalisierte, um seine Macht zu stärken.² Trotz der damaligen schweren Verluste auf beiden Seiten dient das Narrativ eines „muslimischen“ Siegs serbischen nationalistischen Politikern seit dem 19. Jahrhundert bis heute als Symbol für ein christlich-serbisches Opfer. Es überrascht kaum, dass entsprechende Gedenkfeiern der Legitimierung serbischen Territoriums und auch der Glorifizierung von Völkermördern dienen, die sich um die serbische Identitätspolitik verdient gemacht haben.³

Solche Feiern verweisen auf den sich gegenseitig verstärken – und lokal verankerten – Charakter von Religion und Politik und auf die Leichtigkeit, mit der sich hierzulande nationalistische

Topoi herausbilden. Religion und Politik werden regelmäßig vermischt: Mal kandidiert ein Imam einer Moschee in Prishtina für die Präsidentschaft, mal sprechen sich albanische und kosovarische Politiker zwecks Stimmenfang dafür aus, dass Frauen Kopftücher tragen sollten. In dieselbe Richtung zielt die Äußerung des serbischen Patriarchen nach der Einweihung der orthodoxen Kathedrale in Tirana im albanischen Staatsfernsehen am 1. Juni 2014, dass „Kosovo das heilige Land Serbiens“ sei, wobei kurz eine serbische Flagge gezeigt wurde.⁴ Für die Albaner war das eine „brutale und skrupellose Provokation“. Der albanische Ministerpräsident war empört und rügte den serbischen Patriarchen bei seinem Treffen mit den Patriarchen und Oberhäuptern der orthodoxen Kirchen öffentlich: „*Euer Kollege hat unsere Gastfreundschaft missbraucht, er hat unseren religiösen Feiertag herabgesetzt und den Nachweis unserer religiösen Koexistenz in einen veralteten politischen Streitpunkt verwandelt.*“⁵

Rückgriffe auf die Geschichte sind von politischer Schlagkraft, da sie der Gegenwart einen bestimmten Sinn verleihen. Allerdings werden die Geschichten verzerrt. Während Serben auf die von der Dynastie der Nemanjiden errichteten Kirchen und Klöster verweisen, um einen territorialen Besitzanspruch zu behaupten,⁶ verweisen Albaner auf die systematische Unterdrückung der albanischen Sprache durch die Orthodoxe Kirche von Griechenland (GOK) Mitte des 19. Jahrhunderts.⁷ Die Verflechtung von Religion und Politik kommt sowohl im eingebildeten als auch im tatsächlichen Zustand des Alltags zum Ausdruck.

Religiöse Realpolitik

Als die orthodoxen Christen am 11. April 2015 in der Auferstehungskathedrale von Tirana Ostern feierten, bedauerte ein prominenter albanischer Politiker in der nationalen Presse, dass der Erzbischof der Orthodoxen Kirche von Albanien (AOK), der Grieche Anastasios (Yannoulatos), den Gottesdienst nicht auf Albanisch, sondern auf Griechisch abgehalten hatte.⁸ Viele interpretierten das als Geringschätzung der GOK gegenüber der albanischen Sprache und Identität. Das Problem ist durch den alltäglichen Austausch mit albanischen Immigranten in Griechenland bedingt, die die griechische Sprache und Orthodoxie angenommen haben. Das hilft ihnen eindeutig bei der Integration in die griechische Gesellschaft, doch wenn orthodoxe Albaner das Griechische auf Kosten ihrer Muttersprache erwerben, wird die Sache politisch.

Solche sprachpolitischen Debatten reichen weit in die Geschichte zurück: Am 9. September 1906 tötete eine Gruppe orthodoxer Albaner, die für die Unabhängigkeit von der osmanischen Herrschaft kämpfte, den griechischen Metropoliten von Korça, Fotis Kalpidhis, weil er angeblich ein Jahr zuvor den Mord an einem albanischen Priester, Papa Kristo Negovani, angeordnet habe. Negovani hatte die Liturgie auf Albanisch abgehalten und seinen Gläubigen

Lesen und Schreiben auf Albanisch beigebracht. Dieser ungewöhnliche Doppelmord an religiösen Führern wird noch heute öffentlich diskutiert.⁹ Die orthodoxen Albaner versuchten dem gräzisierungsbewussten Einfluss griechischer Kleriker zu entkommen, indem sie den beschwerlichen Weg zu Autonomie und Autokephalie der AOK auf sich nahmen. Es war der albanische Kleriker Theofan (Fan) S. Noli, der 1908 die albanische orthodoxe Liturgie erstmals von der griechischen Kirche trennte. Dieser Schritt war sowohl für die Gründung der AOK wichtig, als auch für die Legitimierung der albanischen Sprache und später des albanischen Staats.

Ein weiteres historisches Beispiel für die Verknüpfung von Religion und Politik findet sich 1945, als es dem kommunistischen Regime gelang, die Führung der orthodoxen, muslimischen und Bektaschi¹⁰-Albaner für den Dienst am Staat anzuwerben. Enver Hoxha rief auch Erzbischof Vinqenc Prenushi dazu auf, die katholische Kirche von Rom zu lösen. Seine Weigerung führte unweigerlich zu erbarmungsloser Gewalt. Dieser Schritt wird manchmal noch heute als bedrohliche Illoyalität der katholischen Kleriker gegenüber dem albanischen Staat und als antinationaler Akt interpretiert: „Die Muslime waren unabhängig und Fan Noli gründete die AOK. [...] Deshalb fanden die atheistischen Kommunisten in der katholischen Haltung eine Ausrede und sie massakrierten alle Religionen in Albanien.“¹¹ Zweifellos war die Tat des katholischen Erzbischofs, eines rechtmäßigen Märtyrers der römisch-katholischen Kirche, zutiefst politisch, religiös und antikommunistisch. Natürlich hätten die albanischen Katholiken nach einer Abspaltung von Rom nicht in Kommunion mit dem Weltkatholizismus bleiben können. Die Implikationen der politischen Spannungen aufgrund der Religion waren jedoch offensichtlich katastrophal. Jedenfalls sind Reformhandlungen oder die Weigerung, sich von externen religiösen Autoritäten zu trennen, immer rein religionspolitische Akte.

Albanisch-griechische Spannungen

Angesichts der turbulenten Vergangenheit verwundert es nicht, dass man sich beim gegenwärtigen griechischen Erzbischof der AOK fragt, ob seine Religionspolitik den politischen Interessen Albaniens oder Griechenlands dient. Viele Albaner halten sein Wirken für anti-albanische Politik. Viele öffentliche Debatten in den albanischen Medien beziehen sich dabei auf Kristo Frashëri, einen führenden Kirchenhistoriker und aktiven orthodoxen Gläubigen. Ihm zufolge wurde 1992 der griechische Erzbischof nicht vom Hl. Synod der AOK gewählt, den es damals noch gar nicht gab. Vielmehr sei Anastasios (Yannoulatos) vom Ökumenischen Patriarchen mit Unterstützung der griechischen Regierung zu einer Zeit ernannt worden, als die albanische Regierung keine andere Wahl hatte, als die Nomination zu akzeptieren.¹² Die Ernennung sollte zeitlich begrenzt dem Wiederaufbau der AOK dienen, was einige Orthodoxe zweifelsohne befürworteten. Andere jedoch betrachteten sie als Übernahme der AOK durch die griechische Orthodoxie. Bei der Inthronisation von Erzbischof Anastasios am 2. August 1992 protestierten viele orthodoxe Albaner mit nationalistischen Slogans. Deshalb musste die Zeremonie von der Kirche in den Saal des Hotel Tirana International verlegt werden, was die Einsetzung des Erzbischofs in den Augen vieler orthodoxer Albaner ungültig machte.¹³ Dies führte zu einer Art schismatischen Bewegung, die vom Priester der Marienkirche in Elbasan, Nikolla Marku, angeführt wurde. Im Gegenzug anerkennt die offizielle Kirche die Bewegung nicht, weil Vater Marku von der unkanonischen Makedonischen Orthodoxen Kirche geweiht wurde – das erinnert



Die orthodoxe Kathedrale der Wiederauferstehung Christi in Tirana wurde am 1. Juni 2014 in Anwesenheit vieler orthodoxer Kirchenoberhäupter eingeweiht.

Foto: Daniel Flickr, CC-BY-SA 3.0

an Fan S. Noli, der von der Russischen Orthodoxen Kirche geweiht wurde, bevor er die unabhängige AOK gründete.

Viele einfache Albaner sagen offen, dass der von Erzbischof Anastasios vorangetriebene Wiederaufbau orthodoxer Kirchen eine religionspolitische Handlung sei. Einige sind der Meinung, die Bautätigkeit beabsichtige eine Gräzisierung des architektonischen Stils kirchlicher Gebäude in Albanien und erinnere an die früheren Aktivitäten der griechischen Kirche in Albanien. Die vermeintliche Gräzisierung wird sogar mit dem aktuellen militanten Fundamentalismus verglichen, einer intoleranten Strömung des Islam bei einer Minderheit von Albanern, der vielleicht zu einigen jihadistischen Rekrutierungsstätten in Kosovo, Makedonien oder Albanien geführt hat.¹⁴

Politische Spannungen zwischen Griechenland und Albanien finden offenkundig im religiösen Kontext ihre Fortsetzung, wie sich im August 2015 zeigte: Nach einer längeren Debatte zwischen der Regierung und den orthodoxen Autoritäten wurde am 26. August 2016 ein orthodoxes Gotteshaus auf dem Fundament einer älteren Kirche im südwestalbanischen Dhërmi abgebrochen. Am gleichen Tag fand ein Treffen des Erzbischofs der AOK mit dem griechischen Premierminister Alexis Tsipras statt. Man geht davon aus, dass sich der Erzbischof bei Tsipras über den sog. Eingriff des albanischen Staats in Angelegenheiten der AOK beklagte. Dies wurde nicht nur von den griechischen Medien aufgegriffen, sondern auch die griechische Regierung nahm gegenüber den albanischen Behörden eine härtere Gangart ein. Der Sprecher des griechischen Außenministeriums setzte die albanischen Behörden sogar mit Jihadisten gleich: „Die Zerstörung von heiligen Stätten und Objekten der Anbetung haben, wenigstens bis vor kurzem, durch die Hände von Jihadisten in der Region des Mittleren Ostens und Nordafrika stattgefunden, doch heute sehen wir einen solchen Akt auch in unserem Nachbarland Albanien.“¹⁵ Der albanische Ministerpräsident Edi Rama wiederum hält es für inakzeptabel, dass ein Kleriker der AOK sich zuerst beim Regierungschef eines fremden Landes statt beim Ministerpräsidenten des eigenen Landes beklagt. In einem langen Facebook-Eintrag, der in den albanischen Medien extensiv abgedruckt wurde, schrieb er, dass Griechenland „sich darüber im Klaren sein muss, dass kein Thema oder Problem der AOK oder der orthodoxen Albaner mit Griechenland in Verbindung steht. Die orthodoxen Albaner sind albanische Staatsbürger, die ihren eigenen Staat haben, und der Raum, wo sie ihren Glauben praktizieren, ist nicht ein Protektorat eines



Erzbischof Anastasios (Yannoulatos) bei der Begrüßung des damaligen griechischen Außenminister Evangelos Venizelos vor der Auferstehungskathedrale in Tirana im Oktober 2013. Foto: Griech. Außenministerium

anderen Staates. Jegliches Problem, das die AOK mit dem Staat gehabt hat, noch immer haben mag oder haben wird, ist und wird mit dem albanischen Staat und seinen Institutionen geregelt. Jegliche Intervention in diesem Zusammenhang ist eine inakzeptable Einmischung in die inneren Angelegenheiten Albaniens. Albanien ist das Land, wo die orthodoxe Kirche zuhause ist, und nicht das Nachbarland.“¹⁶

Auf besagtem Grundstück in Dhërmi soll eine von Basiliener-Mönchen gebaute und ummauerte Kirche des frühen 17. Jahrhunderts gestanden haben und hier soll sich auch das Grab eines wichtigen römisch-katholischen Missionars befinden. Zwar haben sich die albanischen Behörden dafür ausgesprochen, den Ort zu rekonstruieren, doch der öffentliche Streit geht weiter, bei dem scheinbar Jahrhunderte alte Streitigkeiten zwischen der byzantinischen und der römischen Kirche weitergesponnen werden. Während die römisch-katholische Kirche oftmals als Impulsgeberin einer albanischen Identität gilt (s. RGOW 4/2012, S. 10–12), interpretieren einige den griechisch-orthodoxen Einfluss als Bedrohung für die albanische Identität. Der Vorwurf ist, dass Griechenland durch Soft Power wie den Bau von orthodoxen Kirchen und imaginierten Friedhöfen nationalistische Ansprüche auf einen großen Teil Südalbanien fördert und legitimiert.

Konstantins Wurzeln auf dem Balkan

Fragen zur Priorität unterschiedlicher Kirchen und kulturellen Erbes werden oft mit politischen Zielen im Hinterkopf beantwortet. Das bringt uns zum 1700. Jahrestag der Schlacht auf der Milvinischen Brücke und zum christlichen Vermächtnis von Kaiser Konstantin zurück. Im Mai 2012 wurde dazu von der amerikanischen Universität in Prishtina eine internationale Konferenz über Glaubensbekenntnisse im Kosovo organisiert. Der Konferenzort wurde damit begründet, dass Konstantin in Naissus (im heute serbischen Niš) geboren wurde, das zu der illyrischen Provinz Dardanien gehörte, deren Gebiet heute ungefähr dem Kosovo entspricht. Diese und ähnliche Veranstaltungen stießen in den lokalen Medien und in der Öffentlichkeit Kosovos und Albaniens auf großes Echo.

Am 27. April 2013 fand in Tirana auf Initiative der katholischen Kirche in Albanien ein Symposium über Konstantin, das Mailänder Edikt und Religionsfreiheit statt. Dabei verkündete der damalige albanische Ministerpräsident Sali Berisha, dass Konstantin jeden Albaner stolz mache.¹⁷ An einem anderen Symposium zu demselben Thema in Prishtina im Oktober 2013 unterstrich auch der kosovarische Außenminister Enver Hoxhaj Konstantins Herkunft: „Angesichts der westlichen wissenschaftlichen Überzeugung von unserer illyrischen Herkunft als eines der ältesten Völker Europas ist Konstantin der Große ein Teil des historischen

Bewusstseins der Bürger Kosovos und Albaniens, wo immer sie leben.“ Viele andere Teilnehmer hoben Konstantin als „Symbol unserer europäischen Wurzeln“ hervor.

Während des Konferenzlunches in Prishtina erzählte mir der serbische Übersetzer, der aus Niš, dem Geburtsort Konstantins stammte, von den dortigen Plänen, Konstantins Palast auszugraben und ein neues Gebäude zu errichten, dass dazu aber die Finanzierung fehle. Man könnte meinen, die heutigen Serben in Niš hätten nichts mit Konstantin zu tun, weil es im illyrischen Dardanien noch keine slawischen Völker gab. Was die Identität angeht, sind die Menschen aus Konstantins Zeiten nicht dieselben Menschen wie heute, und es ist historisch naiv, anders zu denken. Doch nichts hält weder Serben noch Albaner vom Versuch ab, Verbindungen zu dieser ruhmreichen Vergangenheit herzustellen. Sie tun dies im alltäglichen Gespräch, in der Presse, in *social media* und in Blogs.

Auch die serbische Belletristik wird zu diesen Zwecken instrumentalisiert, so war z. B. der Roman von Dejan Stojiljković über die Suche nach Konstantins Schwert in Niš (serb. *Kostandinovo naskrće*; engl. *Constantine's Crossing*) von 2009 das meistgelesene Buch in serbischen Bibliotheken. Auch wissenschaftliche Veranstaltungen dienen der Erinnerung an Konstantins Größe auf serbischem Land. So passiert mit Konstantin in Serbien, Albanien und Kosovo genau dasselbe wie mit Alexander dem Großen in Griechenland und Makedonien.

Ähnlich verhält es sich mit Narrativ der „religiösen Toleranz“. So erklärte der albanische Ministerpräsident auf der bereits erwähnten Konferenz in Tirana 2013: „Wenn Konstantin heute lebte, würde er unter uns sein, nicht so sehr wegen seiner dardanischen-illyrischen Abstammung, sondern weil dieses Land und diese Nation besser als sonst jemand den Respekt vor anderen Religionen verkörpert. Er könnte das Herzstück seines Edikts hier in Albanien finden [...]“¹⁸ Dies sind kaum neutrale Charakterisierungen der Vergangenheit, sondern politische Ansprüche auf die moralische Überlegenheit einer Gruppe über die anderen – was Albaner, Serben, Griechen oder Makedonier gleichermaßen für sich beanspruchen.

Religionspolitik im Alltag

Wenn wir von Religion sprechen, haben wir es mit religiösen Führungspersonen und Institutionen, Politikern, Patronen und Autorität zu tun. Religionspolitik wird auf der Ebene alltäglicher Interaktionen am stärksten spürbar. 2009 besuchte ich die neue St. Georgs-Kathedrale in Korça und wurde von einem Diakon auf Griechisch begrüßt. Ich fragte ihn, warum er mich nicht auf Albanisch begrüße, worauf er meinte, dass die hiesige Bevölkerung eher Griechisch spreche. Ich widersprach, da ich hier geboren wurde und orthodox aufwuchs und nie jemanden Griechisch hatte sprechen hören. Er wurde zornig – ich solle häufiger zur Kirche kommen, dann würde ich schon sehen ...

Ähnliche Argumente für die Annahme, dass die Kirche vermehrt zu einem Ort griechischer Einflussnahme wird, kann man im Verhältnis zwischen Identitäts- und Religionspolitik sehen. So gibt es z. B. die albanische *Partei Vereinigung für die Menschenrechte (Partia Bashkimi për të Drejtat e Njeriut, PBDNJ)*, eine politische Partei, die die ethnische Minderheit der Griechen in Albanien vertritt. Viele gehen davon aus, dass die PBDNJ lange eine wichtige Rolle in der albanischen politischen Szene spielte, weil sie finanzielle und politische Unterstützung aus Griechenland erhielt. In einem Prozess der sog. „Homogenisierung“ mit der griechischen Ethnie konnte jeder Albaner orthodoxer Abstammung von der griechischen Regierung eine volle Pension und eine Krankenkasse erhalten. Man brauchte dazu bloß eine Geburtsurkunde (die in vielen Fällen einfach selbst zu erstellen war), um seine Herkunft aus den südalbanischen Gebieten zu beweisen, die gemäß der extremen nationalistischen Ideologie der *Megali*

Idea zu Griechenland gehören. Die Folgen dieser griechischen Politik waren ein dramatischer Anstieg sowohl der griechischen ethnischen Minderheit als auch der orthodoxen Gläubigen in Südalbanien. Gleichzeitig stieg die Anzahl der Sitze der PBDNJ im albanischen Parlament. Die griechische Homogenisierung war eine großartige Gelegenheit für viele Albaner, ihr Einkommen im harten postkommunistischen Leben aufzubessern; damals konnte sich die griechische Regierung eine aggressive nationalistische Politik leisten, teilweise dank der großzügigen europäischen und internationalen Kredite. Die finanzielle Krise Griechenlands setzte dem Ganzen allerdings ein Ende. In der Folge nahm die Zahl der orthodoxen Gläubigen und PBDNJ-Wähler in Albanien wieder drastisch ab.

2011 erfasste die Volkszählung erstmals die religiöse und ethnische Zugehörigkeit, doch 70 Prozent der Albaner verweigerten eine Deklaration des religiösen Bekenntnisses. Der Zensus ergab eine griechische Minderheit von 0,87 Prozent und 6,75 Prozent orthodoxe Christen. Die PBDNJ, die Orthodoxe Kirche und auch die griechische Regierung protestierten gegen diese Resultate, da diese offensichtlich manipuliert seien.¹⁹ In den folgenden Wahlen verlor die PBDNJ alle Parlamentssitze. Medienberichten zufolge wird an der südalbanischen Küste nun wieder mehr Albanisch als Griechisch gesprochen.

Dieses opportunistische und pragmatische Verhältnis zwischen Religion und Politik zeigt sich auch bei der Intensivierung des Islam in Albanien, die durch den vermehrten Bau von Moscheen und Frauen, die häufiger Kopftücher tragen, zum Ausdruck kommt. Man führt dies im Allgemeinen auf finanzielle Unterstützung für islamischen Proselytismus zurück. Viele religiöse und Bildungsorganisationen wurden von der türkischen Gülen-Bewegung etabliert, man munkelte auch von Pensionen für Neubekehrte. Im Sommer 2015 allerdings konnte ich in Tirana kaum eine Frau mit Kopftuch sehen. Dafür gibt es viele Gründe, darunter vielleicht, dass der türkische Präsident Erdoğan im Mai 2015 Albanien besuchte und die Gülen-Organisationen als „terroristischen Parallelstaat“ bezeichnete.²⁰ Das Problem der finanziellen Unterstützung von Muslimen scheint aber weiterhin zu bestehen, da insbesondere der österreichische Außenminister am UN-Flüchtlingsgipfel im September 2016 vor einer Zunahme von islamischem Radikalismus in Albanien, Bosnien-Herzegowina und Kosovo warnte. Dort machte sich ein starker religiös-ideologischer Einfluss etwa dadurch bemerkbar, dass Frauen bezahlt würden, „damit sie vollverschleiert durch die Straßen gehen.“²¹ Diese Tatsache wird in albanischen Print- und Online-Medien heftig und häufig diskutiert.

Sowohl historische Ereignisse als auch alltägliche öffentliche Diskussionen sind angesichts der aktuellen angespannten Situation auf dem Balkan klare Indikatoren für die enge Verflechtung von Identitätspolitik und religiösen Akteuren. In der ganzen Region gibt es Geschichten von Katholiken, Orthodoxen, Muslimen und anderen, die Anspruch auf ein religiöses und moralisches Erbe erheben, indem sie Geschichte und Politik selektiv nutzen. Wie diese Geschichten erzählt werden, prägt den politischen und religiösen Alltag stark.

Anmerkungen

- 1) Doja, Albert: The Politics of Religion in the Reconstruction of Identities: The Albanian Situation. In: Critique of Anthropology 20, 4 (2000), S. 421–438.
- 2) Edwards, Jason A.: Bringing in Earthly Redemption: Slobodan Milosevic and the National Myth of Kosovo. In: Advances in the History of Rhetoric 18, suppl. 1 (2015), S. 187–204.

- 3) Bieber, Florian: Nationalist Mobilization and Stories of Serb Suffering: The Kosovo Myth from 600th Anniversary to the Present. In: Rethinking History 6, 1 (2002), S. 95–110; Anzu-lovic, Branimir: Heavenly Serbia: From Myth to Genocide. New York 1999.
- 4) <http://top-channel.tv/lajme/artikull.php?id=278998>; <http://www.gazetadita.al/shenjterimi-i-kishes-ngjallja-e-krishtit-ne-ceremoni-kreret-e-ortodoksise-boterore/>.
- 5) <http://shqiptarja.com/news.php?IDNotizia=217677&NomeCategoria=home&Titolo=rama-kritikon-patriarkun-serbshp-rfille-besimin-na-ke-fyer&IDCategoria=1&reply=384881&page=1>.
- 6) Judah, Tim: The Serbs: History, Myth and the Destruction of Yugoslavia. New Haven 1997.
- 7) Doja, Albert: Ethnicité, construction nationale et nationalisme dans l'aire de peuplement albanaise. In: Ethnologia Balkanica 3 (1999), S. 155–179.
- 8) <http://www.panorama.com.al/mesha-ne-greqisht-naten-e-pashkes-blushi-kur-do-flase-anastasi-shqip/>.
- 9) <http://shqiptarja.com/m/home/mitropolitin-e-kor--s-fotiskallpidhis-e-vrau-spiro-kosturi-245374.html>.
- 10) Vgl. Doja, Albert: A Political History of Bektashism in Albania. In: Totalitarian Movements and Political Religions 7, 1 (2006), S. 83–107.
- 11) <http://www.panorama.com.al/prenushi-u-denua-nga-enverinuk-donte-te-ndante-kishen-nga-papa/>.
- 12) Frashëri, Kristo: Tri të vërtetat për të cilat gënjen Janullatosi. In: Gazeta Shqiptare, 11. Oktober 2010.
- 13) <https://www.youtube.com/watch?v=zLszHi-MUyc&feature=youtu.be>.
- 14) Bisher blieben die Spannungen durch Radikalisierung auf giftige Online-Debatten beschränkt: <http://www.mapo.al/2015/12/toleranca-ne-prove-shqiperia-perballe-sfidesse-radikalizmit>. Allerdings scheint 2006 ein „Muslimisches Kosovo-Forum“ als Zweig des europäischen Netzwerks der Muslimbrüder gegründet worden zu sein: <http://telegrafi.com/schwartz-ramiqi-ka-lidhje-me-hamasin/>.
- 15) <http://www.ekathimerini.com/200908/article/ekathimerini/news/athens-condemns-demolition-of-orthodox-church-in-albania>.
- 16) <https://www.facebook.com/media/set/?set=a.10153174628091523.1073742791.138734771522&type=3>.
- 17) Konstandini: 1700 vjetori i Ediktit të Milanos dhe Liria fetare. Tirana 2014, S. 29.
- 18) Ebd., S. 30.
- 19) Censusi përmbys fetë: 70 përqind refuzojnë ose nuk deklarojnë besimin, Gazeta Shekulli, 25 prill 2012; Population and Housing Census 2011, 1.1.13-14, S. 71; <http://www.gazetate-ma.net/web/2012/12/07/censusi-83-shqiptare-0-87-grekekomunitetet-fetare-me-shume-katolike-se-ortodokse/>.
- 20) <http://shqiptarja.com/news.php?IDNotizia=292203#sthash.ROvGtttdB.dpuf>
- 21) http://www.kleinezeitung.at/politik/aussenpolitik/5087606/UNFluchtlinggipfel_Kurz_Alle-Staaten-tragen-Verantwortung. Zur Kopftuchfrage in Albanien vgl. Doja, Albert. 2008. Instrumental Borders of Gender and Religious Conversions in the Balkans. In: Religion, State & Society 36, 1 (2008), S. 55–63.

Übersetzung aus dem Englischen: Natalija Zenger und Regula Zwahlen.

Albert Doja, Professor am Institut für Soziologie und Anthropologie, Universität Lille, Frankreich.